

Textima-Nähmaschinenwerke, Altenburg, die I für die Friedenswacht mobilisierte

Nach der Sitzung der Parteileitung wurden die in den Leitungen der Massenorganisationen verantwortlich arbeitenden Genossen zu der beschlossenen Besprechung zusammengerufen. Der 1. Sekretär der Betriebsparteiorganisation, Genosse Jores, vermittelte den Genossen die notwendige Anleitung für die Durchführung ihrer Aufgaben. Dabei wurden auch ideologische Fragen zur Volksbefragung geklärt. Diese Beratung bildete den Auftakt für die Mobilisierung aller Mitglieder der Massenorganisationen.

Die Genossen aus der Betriebsgewerkschaftsleitung wurden zum Beispiel beauftragt, die gewerkschaftlichen Aufklärungsgruppen für die Entfaltung einer breiten Diskussion über die Bedeutung der Volksbefragung einzusetzen. Diese Diskussion sollte mit dem Anbringen persönlicher Losungen verbunden werden. Die gewerkschaftlichen Aufklärer — die sich aus den ehrenamtlichen Betriebsfunktionären des FDGB zusammensetzten — wurden in ihrer Arbeit von den Agitatoren unserer Partei unterstützt.

Diese Aufgabe wurde gut gelöst. Bereits einen Tag später gab es im ganzen Betrieb keinen Arbeitsplatz mehr, der nicht mit einer persönlichen Losung oder Selbstverpflichtung versehen war. Diese Bewegung wurde erleichtert, indem über 1400 Pappen, die als Abfallmaterial im Betrieb lagerten, mit roter, blauer oder brauner Farbe grundiert und den Werkträgern zur Verfügung gestellt wurden. Das Anbringen der Losungen, das Beschriften und Entwerfen blieb den Kolleginnen und Kollegen selbst überlassen. Die Agitatoren und Aufklärer halfen den Kollegen dabei nur mit Ratschlägen und Hinweisen. Die Werkträgern griffen diesen Gedanken mit großem Eifer auf. In den einzelnen Abteilungen kam es zu einem begeisterten Wettbewerb. Jede Abteilung wollte die beste Sichtwerbung entwickeln.

Wir beabsichtigen, diese Art der Sichtwerbung auch weiterhin beizubehalten. Nach der Volksbefragung sollen die Losungen und Stellungnahmen laufend erneuert und auf die Probleme des Tages und des Betriebes abgestimmt werden.

Als Ergebnis der guten Aufklärungsarbeit im Betrieb und angeregt durch das Beispiel einiger Genossinnen und Genossen, begannen zahlreiche Werkträgern freiwillig Selbstverpflichtungen zu übernehmen. Bereits am nächsten Tage nach der Rede des Genossen Ulbricht vor der Volkskammer erhöhten 15 Kollegen und Kolleginnen 28 Normen um durchschnittlich 20 Prozent. Unter ihnen befand sich auch der Aktivist Genosse Horst Vogler. Er sagte zu seiner Selbstverpflichtung: „Meine freiwilligen Normerhöhungen sollen ein Beitrag zum Erfolg der Volksbefragung sein. Ich hoffe, daß meinem Beispiel noch viele Kolleginnen und Kollegen folgen werden.“ — Am 11. Mai erhöhten weitere 15 Kolleginnen und Kollegen 23 Normen um durchschnittlich 24,8 Prozent. Am 12. Mai wurden von 22 Kolleginnen und Kollegen 34 Normerhöhungen mit durchschnittlich 16,7 Prozent beschlossen. An diesem Tage konnte die BGL mitteilen, daß alle Werkträgern des Betriebes abteilungsweise die Verpflichtung abgegeben haben, am 3. Juni für den Frieden zu stimmen. Außerdem gingen bei der Parteileitung Hunderte von Einzelerklärungen ein, in denen die Kolleginnen und Kollegen in schlichten Worten ihre Meinung zur Volksbefragung äußerten und viele wertvolle Produktionsverpflichtungen eingingen.

Die Vorbereitung der Volksbefragung wurde mit der Popularisierung neuer Arbeitsmethoden verknüpft. Unsere

Agitatoren erläutern in den Abteilungen vor allem die Notwendigkeit der Einführung der Kowaljow-Methode. Einige Angehörige der technischen Intelligenz und des TAN-Büros suchten die Parteileitung auf und teilten mit, daß sie noch im Mai dieses

Jahres mit der Bildung von Kowaljow-Aktivs beginnen werden und die Kowaljow-Methode schrittweise auf den gesamten Betrieb übertragen wollen. Die Parteileitung beschloß, alle Maßnahmen zu treffen, um den Angehörigen der technischen Intelligenz die Verwirklichung ihrer Verpflichtungen zu erleichtern.

Nachdem dieser Aufschwung der politischen Arbeit im Betrieb erzielt worden war, schlug die Parteileitung vor, daß die Kolleginnen und Kollegen den Ortsausschuß Altenburg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in seiner Arbeit unterstützen sollten. Über 350 Kolleginnen und Kollegen unseres Betriebes — darunter 100 Parteilose — übernahmen die Verpflichtung Hausversammlungen zu organisieren und dort über die Bedeutung der Volksbefragung zu sprechen.

Auch hier war es wichtig, daß die Parteileitung den Kolleginnen und Kollegen die Verwirklichung ihrer freiwillig übernommenen Aufgabe erleichterte. Die Parteileitung arbeitete eine kurze Rededisposition für die geplanten Hausversammlungen aus und stellte diese den Aufklärern zur Verfügung. Unsere Genossen erteilten den Parteilosens Ratschläge, wie die Entschließungen für die Hausversammlungen vorbereitet werden können. Weiterhin erhielt jeder, der eine Verpflichtung für eine Hausversammlung übernahm, eine farbige Pappe mit dem Text: „Die Bewohner dieses Hauses stimmen zur Volksbefragung am 3. Juni geschlossen mit „Ja“.“

Bereits einen Tag nach der Übernahme solcher Verpflichtungen meldeten zwei FDJler die Erfüllung ihrer Aufgabe. Am nächsten Tag hatten bereits über 40 Kolleginnen und Kollegen, darunter ein großer Teil von Mitgliedern der FDJ, ihre Aufgabe gelöst. Die parteilose Kollegin Eugenia Lauda teilte sogar die Durchführung von zwei Hausversammlungen mit.

Auch die technische Intelligenz unseres Betriebes stand nicht abseits. Sie übernahm geschlossen die Verpflichtung, sich als Wahlhelfer oder als Aufklärer zur Verfügung zu stellen. Die Angehörigen der technischen Intelligenz verpflichteten sich außerdem, zehn Verbesserungsvorschläge zu Ehren der Volksbefragung einzureichen.

Als nächste Aufgabe stand vor uns die Betreuung unserer Patendörfer. Die Parteileitung setzte sich unter anderem mit dem Genossen Bürgermeister des Dorfes Dobitschen in Verbindung. Der Genosse versprach uns am Fernsprecher, alle organisatorischen Maßnahmen vorzubereiten und auch mit den Genossen der Parteiorganisationen im Dorf in Verbindung zu treten. Es zeigte sich aber, daß der Genosse seine übernommene Aufgabe nicht mit dem notwendigen Verantwortungsbewußtsein erfüllte. Die Genossen der Parteiorganisationen im Dorf wurden nicht genügend informiert. Sie vertraten die Meinung: „Die TEXTIM A ist ja unser Patenbetrieb und die Genossen werden die Sache bei uns schon machen.“

Die Parteileitung hatte natürlich selbst einen großen Fehler begangen. Wir hätten selbst nach Dobitschen fahren sollen, um mit den dortigen Genossen an Ort und

Gen. Rackete Hans sagt:



„Meine freiwilligen NORMERHÖHUNGEN sollen ein Beitrag sein zur Erhaltung des Friedens.“ wie es Generalfeldmarschall STALIN in seinem Interview mit uns aufzeigte!